

Kombibad steht vor Weichenstellung

Verwaltung empfiehlt Politik Neubau auf Freibadgelände. Stadtrat entscheidet

Voerde. Nach den Absichtsbekunden von SPD und CDU läuft alles darauf hinaus, dass der Stadtrat am 11. Dezember die Weichen für den Neubau eines Kombibades stellt. Dafür muss zunächst der noch gültige Ratsbeschluss von 2013 aufgehoben werden. Demnach sollte die geplante Konzentration der städtischen Bäder auf einen Standort in der Form realisiert werden, dass das Hallenbad in Friedrichsfeld ertüchtigt, um ein Aktivbecken erweitert und das Saunaangebot aufgewertet wird. Angesichts der Notwendigkeit, für Schulen, Vereine und Öffentlichkeit ein Badangebot aufrecht zu erhalten, und für alle anstehenden Planungsschritte hält die Verwaltung eine Vorab-Entscheidung darüber für zwingend, wo das neue Kombibad stehen soll.

Die aktuelle Hallenbadschließung habe deutlich gemacht, dass insbesondere der Bedarf der Schulen und Vereine durch die in den Nachbarkommunen vorhandenen Bäder nicht hinreichend gedeckt werden könne. Die Stadt will daher in der Neubau-Phase den Hallenbadbetrieb erhalten – was dazu führe, dass das Kombibad andernorts errichtet werden müsse. In der Frage, wo dies geschehen soll, gibt die Verwaltung eine klare Empfehlung: auf dem Freibadgelände an der Allee. Argumentiert wird mit der dichten Zentrumslage, der Nähe zum Schulzentrum Süd sowie der aktuellen Nutzung und dem „damit einher gehenden“ Bekannt-



Die Verwaltung hat auch die Fläche gegenüber dem Freibad als Kombibad-Standort geprüft und als dafür ungeeignet bewertet.

FOTO: HANS BLOSSEY

heitsgrad als Schwimmbadstandort. Auch hinsichtlich möglicher Förderanträge sei es erforderlich, die weitere Planung nur noch auf den Bau eines Kombibades auf der Freibadfläche zu konzentrieren.

Die Verwaltung hat drei weitere potenzielle Flächen geprüft. Alle gehören der Stadt. Das Schulzentrum Nord in Friedrichsfeld wird unter anderem mit Blick auf die Bauleitplanung als schwierig eingestuft. In diese müssten alle öffentlichen Belange einfließen, was gerade in Bezug auf das Verkehrsaufkommen und die damit verbundenen Schallschutzansprüche zur bestehenden Wohnbebauung „eine große Hürde darstellen könnte“, erklärt die Verwaltung. Zudem sei keine ausreichende Flächenverfügbarkeit insbesondere bei Weiterbe-

trieb des Hallenbades während der Neubau-Phase gegeben. Daher sei dieser Standort nicht geeignet.

Zu dem gleichen Urteil kommt die Verwaltung beim Sportzentrum Rönkenstraße. Auch hier verweist sie auf die Notwendigkeit, „einen qualifizierten Bebauungsplan“ aufzustellen, und führt als Schwierigkeit an, dass das bestehende Sportzentrum, das zu einem Quartierszentrum werden soll, bereits eine isolierte Lage im Außenbereich habe, der durch eine solch intensive Nutzung noch stärker in Anspruch genommen würde. Die Verwaltung rechnet mit erheblichen Bedenken der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises. Auch sei die Erschließung einer solch besucherintensiven Nutzung durch das angrenzende Wohngebiet Rönkenstraße

BEDARFSPLANUNG SOLL ERARBEITET WERDEN

■ **Im Rahmen** einer Bedarfsplanung sollen mit einem externen Büro die erforderlichen Grundlagen für ein Bäderkonzept erarbeitet werden, die auch die Voraussetzungen für eine Beteiligung an Förderprogrammen erfüllen. Auch soll die Verwaltung geeignete Betreiber- und Finanzierungsmodelle untersuchen – gegebenenfalls unter Einbeziehung der neu gegründeten Stadtwerke Voerde.

schwierig zu begründen und erheblicher Widerstand zu erwarten.

Die Fläche zwischen Steinstraße und Allee, gegenüber dem Freibad, birgt laut Verwaltung ein erhöhtes Konfliktpotenzial (ein Stichwort: Immissionen) mit der angrenzenden Wohnbebauung an der Steinstraße. Zudem sei eine denkmalrechtliche Erlaubnis der Fachoberbehörden nötig: Der Freiraum zwischen den Sportplatzflächen des Schulzentrums und Haus Voerde sei in einem städtebaulichen Wettbewerb 2005 als wesentlicher Bestandteil des Landschaftsparks Haus Voerde qualifiziert worden.

Die im Fall des Freibadgeländes ebenfalls erforderliche Neuaufstellung eines Bebauungsplanes sieht die Verwaltung bei der Erschließung als nicht problematisch. P.K.